

2025

Deutsch-Französisches Institut [Hrsg.] | Institut Franco-Allemand [Éd.]

Frankreich Jahrbuch

Sicherheit in Europa – Sicherheit für Europa
Sécurité en Europe – Sécurité pour l'Europe

dfi Deutsch-Französisches Institut
paris-berlin
yp



Nomos

Deutsch-Französisches Institut [Hrsg.]
Institut Franco-Allemand [Éd.]

Frankreich Jahrbuch

Sicherheit in Europa – Sicherheit für Europa
Sécurité en Europe – Sécurité pour l'Europe

39. Jahrgang 2025



Nomos



Redaktion: Stefan Seidendorf

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-3682-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-6826-9 (ePDF)

ISSN 0935-6649



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Abkürzungen	11

I. Themenschwerpunkt

<i>Stefan Seidendorf</i> Sicherheit in Europa – Sicherheit für Europa	17
--	----

<i>Eckhard Lübckemeier</i> Wann, wenn nicht jetzt? Ein nukleares Aachen für europäische Souveränität	33
---	----

<i>Ronja Kempin</i> Richtungsentscheidungen in der deutsch-französischen Rüstungskooperation: strategische Neuausrichtung statt „weiter so“	49
--	----

<i>Samuel B. H. Faure</i> Widerstand gegen die europäische Verteidigung Akteure und Strategien angesichts von Zusammenarbeit und Integration im verteidigungs- und militärpolitischen Bereich (1945–2025)	67
---	----

<i>Sascha Hach</i> Zwei nationale Traditionen, doch nur eine europäische Zukunft in der Verteidigung	93
---	----

<i>Maria Demertzis und Alejandro Fiorito</i> Europäische finanzielle Abhängigkeiten: Zeit der Entscheidungen	113
---	-----

Mathieu Duchâtel

Welche Agenda für die wirtschaftliche Sicherheit Europas? 145

Eileen Keller

Digitale Souveränität in Europa: eine Bestandsaufnahme 165

Christian Calliess

Zur Notwendigkeit, den europäischen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ weiterzuentwickeln – unter besonderer Berücksichtigung hybrider Bedrohungslagen 181

Sarah Bronsard und Mohamed Harfi

Nationaler Dienst: Aufbau eines neuen französischen (und europäischen) Modells 203

Vincent Tiberj

Sturmwarnung: Wieso der RN fast an der Macht ist und weshalb er es noch nicht ist 221

Sonja Zmerli

Gesellschaftliche Resilienz im Zeitalter der Dauerkrise 241

II. Regards croisés

Samuel B. H. Faure

S'opposer à la défense européenne
Acteurs et stratégies face à la coopération et à l'intégration politico-militaire (1945-2025) 259

Mathieu Duchâtel

Quel agenda de sécurité économique pour l'Europe ? 283

Vincent Tiberj

Avis de gros temps : comment le RN est presque au pouvoir et pourquoi il n'y est pas encore 301

III. Dokumentation

Rezensionen	321
Chronik Januar 2025 – Dezember 2025	329
Zusammensetzung der Regierungen Lecornu	359
Statistiken zu Frankreich	365
Deutschsprachige Literatur zu Frankreich	367
Sachregister	379
Personenregister	385

Vorwort

Das Frankreich Jahrbuch 2025 des Deutsch-Französischen Instituts steht unter dem Thema „Sicherheit in Europa – Sicherheit für Europa“. In einer Zeit, die von rasantem Wandel und Umbrüchen geprägt ist, und in der nicht zuletzt viele geopolitischen Gewissheiten der letzten 75 Jahre hinterfragt werden müssen, wollen wir einen Beitrag zu einer breiteren gesellschaftlichen Debatte über den Sicherheitsbegriff leisten. Der Blick auf gesellschaftliche, wirtschaftspolitische und militärische Aspekte des Themas ist dabei europäisch, insbesondere die Verbindung französischer und deutscher Sichtweisen bietet einen Mehrwert. Er ergibt sich aus den ganz unterschiedlichen strategischen Kulturen der beiden Länder, dem unterschiedlichen Verständnis von „Souveränität“ und was sie zu leisten vermag, und nicht zuletzt aus der langen Tradition gelungener, oft aber auch gescheiterter Kooperationsprojekte im Sicherheits- und Verteidigungsbereich. Die Ereignisse seit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 und erst recht die tiefen Veränderungen im transatlantischen Verhältnis seit Januar 2025 haben unsere Autorinnen und Autoren dabei vor die Schwierigkeit gestellt, tieferreichende analytische Betrachtungen und aktuelle Entwicklungen und Umbrüche zu verbinden. Für alle Beiträge gilt deshalb, dass die Manuskripte Ende 2025 fertiggestellt worden sind und dementsprechend den Stand der Ereignisse zu diesem Zeitpunkt widerspiegeln.

Wie jedes Jahr, werden ausgewählte Beiträge in der Rubrik der *Regards croisés* auch in französischer Sprache veröffentlicht. Neben dem Schwerpunktthema enthält der Handbuchteil des Bandes außerdem eine Chronik der wichtigsten Ereignisse in Frankreich im Jahr 2025, sowie einen Überblick über die wichtigsten und zuverlässigsten öffentlich im Internet zugänglichen Quellen zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Basisdaten Frankreichs im europäischen Vergleich. Außerdem präsentieren wir die Zusammensetzungen der verschiedenen französischen Regierungen im Jahr 2025, sowie den gewohnten Überblick über wichtige deutschsprachige Neuerscheinungen zu Frankreich, den deutsch-französischen Beziehungen sowie deutsch-französisch vergleichende Publikationen. Die Rubrik Rezensionen enthält eine Anzahl lesenswerter Neuerscheinungen.

Das Frankreich Jahrbuch ist ein echtes Gemeinschaftsprodukt des Deutsch-Französischen Instituts. Ich danke der Redaktion und allen Mitar-

beiterinnen und Mitarbeitern des dfi, die mit hohem Einsatz die Konzeption, Erstellung und Finalisierung des Manuskripts bewerkstelligt haben und die Autorinnen und Autoren beim Verfassen ihrer Beiträge begleitet haben. Irene Lindauer-Grözingen hat mit großer Gründlichkeit und Ausdauer den Redaktionsprozess organisiert und für ein einheitliches Manuskript gesorgt.

Ein besonderer Dank geht außerdem an die Frankreich Bibliothek für das Erstellen der im Handbucheil dokumentierten Informationen.

Isabell Hoffmann
Direktorin des dfi



Abkürzungen

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ASML	ASML Holding N.V. (Advanced Semiconductor Materials Lithography)
AUKUS	Trilaterales Militärbündnis zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CBDC	digitale Zentralbankwährung
CISAF	Clean Industrial State Aid Framework
CMPD	Direktion Krisenmanagement und Planung der EU
CMUE	Militärausschuss der EU
CNCDH	Französische Nationale Beratungskommission für Menschenrechte (Commission nationale consultative des droits de l'homme)
DARPA	Defense Advanced Research Projects Agency
DFB	Deutsch-Französische Brigade
DFVSR	Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde
ECHO	Europäisches Amt für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz
EDIC	European Digital Infrastructure Consortium
ENISA	Agentur der Europäischen Agentur für Cybersicherheit
EPI	European Payments Initiative
ESM	Europäischen Stabilitätsmechanismus
ESS	European Social Survey
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union

Abkürzungen

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUGS	Globale Strategie der EU für Außen- und Sicherheitspolitik
EUMS	Militärstab der EU
EUNAVFOR MED	European Union Naval Force - Mediterranean
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWU	Europäische Währungsunion
FCAS	Future Combat Air System
FDI	Ausländische Direktinvestitionen
GASP	Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik
GFSN	globales Finanzsicherheitsnetz
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
HCSP	Haut-Commissariat à la stratégie et au Plan
IAA	Industrial Accelerator Act
IDAA	Industrial Decarbonisation Accelerator Act
IEI, EII	Europäische Interventionsinitiative
IPCEI	Important Project of Common European Interest
IWF / IMF	Internationaler Währungsfonds, engl: IMF, International Monetary Fund
JI	Justiz und Inneres (JI)
KFOR	Kosovo-Force
KI, IA, AI	Künstliche Intelligenz
LR	Les Républicains
MFR	Mehrjähriger Finanzrahmen der EU
MGCS	Main Ground Combat System
MRP	Mouvement républicain populaire
NATO / OTAN	North Atlantic Treaty Organization, deutsch: Organisation des Nordatlantikvertrags, Atlantisches Bündnis oder

	Nordatlantikpakt (französisch OTAN – Organisation du traité de l’Atlantique nord).
NSFR	net stable funding ratio
NZIA	Netto-Null-Industrie-Verordnung (Net-Zero Industry Act)
PCF	Parti communiste français, Kommunistische Partei Frankreichs
POS	Point-of-Sale
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
RFSR	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
RN	Rassemblement National
RPF	Rassemblement pour la France
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe, dt.: Alliierter Oberkommandierender in Europa (im Rahmen der NATO)
SAR	Such- und Rettungsaktionen
SFIO	Section française de l’Internationale ouvrière
SNU	Service national universel
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
TSMC	Taiwan Semiconductor Manufacturing Company
UMP	Union pour un mouvement populaire, früherer Name der französischen Partei Les Républicains
VN / UN / ONU	Vereinte Nationen / engl. United Nations / frz. Organisation des Nations unies
WEU	Westeuropäische Union
WWU / EMU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (englisch: Economic and Monetary Union)

I.
Themenschwerpunkt

Sicherheit in Europa – Sicherheit für Europa

Stefan Seidendorf

Zusammenfassung: Dieses Frankreich Jahrbuch widmet sich der Frage, wie Sicherheit in Europa im 21. Jahrhundert gedacht, organisiert und verteidigt werden kann. Dabei folgt der Band einem bewusst erweiterten Sicherheitsverständnis. Sicherheit wird als komplexes Zusammenspiel aus Verteidigungsfähigkeit, wirtschaftlicher Resilienz und gesellschaftlicher Stabilität verstanden. Der Titel des Bandes – Sicherheit in Europa – Sicherheit für Europa – verweist auf eine doppelte Perspektive: Sicherheit als innere Voraussetzung europäischer Ordnung ebenso wie Sicherheit als politische Leistung, die Europa selbst erbringen muss.

Stichworte: Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit, wirtschaftliche Resilienz, gesellschaftliche Stabilität

Résumé : Cette publication se consacre à la question de savoir comment la sécurité en Europe peut être pensée, organisée et défendue au XXI^e siècle. Pour cela, elle adopte délibérément une conception élargie de la sécurité, comprise comme une interaction complexe entre la capacité de défense, la résilience économique et la stabilité sociale d'une société. Le titre de l'ouvrage – Sécurité en Europe – Sécurité pour l'Europe – renvoie alors à une double perspective : la sécurité comme condition interne de l'organisation européenne et la sécurité comme résultat d'un processus politique que l'Europe doit elle-même réussir.

Mots-clés : sécurité, capacité de défense, résilience économique, stabilité sociale

1. Europäische Handlungsfähigkeit zwischen Verteidigung, Wohlstand und demokratischer Resilienz

Europa steht spätestens seit Beginn der 2020er Jahre vor einer sicherheitspolitischen Zäsur. Die Annahme, Frieden, Stabilität und Wohlstand seien auf Dauer institutionell abgesichert, hat ihre Plausibilität verloren. Der

russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Verschärfung globaler Systemrivalitäten, die wachsende Unsicherheit hinsichtlich des Bestands transatlantischer Sicherheitsgarantien sowie tiefgreifende wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse markieren den Übergang von einer Phase relativer Ordnungssicherheit zu einer Epoche struktureller Instabilität (Council of the European Union 2022). Sicherheit ist in Europa nicht länger eine gegebene Rahmenbedingung politischen Handelns, sondern selbst zu dessen zentralem Gegenstand geworden.

Das Frankreich Jahrbuch 2025 greift diese Entwicklung auf und diskutiert dabei ein bewusst erweitertes Sicherheitsverständnis, das militärische Verteidigungsfähigkeit, wirtschaftliche und finanzielle Resilienz sowie gesellschaftliche Stabilität als wechselseitig voneinander abhängige Dimensionen begreift. Sicherheit erscheint nicht als singuläres Politikfeld, sondern als integrative Gestaltungsaufgabe liberaler Demokratien unter Bedingungen wachsender Unsicherheit.

Vor diesem Hintergrund gewinnt der Begriff der Sicherheit eine neue, umfassendere Bedeutung. Sicherheit wird nicht länger ausschließlich als militärische Abschreckung oder territoriale Verteidigung verstanden, sondern als ein mehrdimensionales Konzept, das militärische, ökonomische, politische, rechtliche und gesellschaftliche Dimensionen miteinander verbindet (Buzan, Waever und de Wilde 1998). Diese Erweiterung des Sicherheitsbegriffs ist kein rein akademisches Unterfangen, sondern Ausdruck realer Verwundbarkeiten moderner Gesellschaften: Lieferketten können unterbrochen, demokratische Prozesse durch Desinformation unterminiert, gesellschaftlicher Zusammenhalt durch soziale Ungleichheit und politische Entfremdung geschwächt werden (Sapir et al. 2025). Sicherheit im 21. Jahrhundert ist daher untrennbar mit Fragen von Resilienz, Souveränität und der Selbstbehauptung eines offenen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells verbunden.

Der vorliegende Sammelband setzt genau an diesem Punkt an. Er geht von der Annahme aus, dass Europas Sicherheit nur dann nachhaltig gewährleistet werden kann, wenn militärische Verteidigungsfähigkeit, wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftliche Widerstandskraft gemeinsam gedacht und politisch zusammengeführt werden. Ziel ist es, aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen aus interdisziplinärer Perspektive zu analysieren und zugleich die normativen und institutionellen Grundlagen europäischer Ordnung in den Blick zu nehmen.

2. Von der Friedens- zur Krisenordnung: Europas sicherheitspolitischer Kontext

Über Jahrzehnte hinweg konnte sich Europa auf eine Sicherheitsarchitektur stützen, die wesentlich durch externe Garantien geprägt war. Die transatlantische Partnerschaft, insbesondere die Rolle der Vereinigten Staaten innerhalb der NATO, bildete das Rückgrat europäischer Verteidigung. Parallel dazu entwickelte sich die Europäische Union zu einem einzigartigen politischen Raum, der Frieden, Wohlstand und rechtliche Integration miteinander verband. Sicherheit wurde in diesem Kontext häufig als „gegeben“ betrachtet. Gerade aus bundesdeutscher Sicht galt dies nach dem Beitritt zur NATO und spätestens nach der Berlin-Krise ab 1962 gerade auch in Anbetracht der latenten Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung: Unter dem amerikanischen Schutzschirm und eingebunden in die NATO-Strukturen, wurde Sicherheit nur phasenweise als politisches Gestaltungsfeld betrachtet, etwa in der Nachrüstungsdebatte zu Beginn der 1980er Jahre.

Diese Konstellation hat sich grundlegend verändert. Die strategische Prioritätenverschiebung der USA, die wachsende Systemrivalität mit China sowie die zunehmende Unberechenbarkeit autoritärer Akteure führen dazu, dass Europa stärker als zuvor mit der Notwendigkeit konfrontiert ist, für seine eigene Sicherheit Verantwortung zu übernehmen (Council of the European Union 2022; NATO 2022; Ciolan und Moyer 2025). Dabei tauchen auch längst verschwunden geglaubte Fragestellungen wieder auf, etwa die nach einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (Fabbrini und Goulard 2025) und nach der fortdauernden Bedeutung des deutsch-französischen Sonderverhältnisses. Der Krieg in der Ukraine markiert hierbei eine Zäsur: Mit ihm ist nicht nur die zwischenstaatliche Gewalt nach Europa zurückgekehrt, sondern er legt auch Defizite in der europäischen Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskoordination und strategischen Koordination offen (Koenig 2022; Kempin in diesem Band).

Anstelle der normativen Einhegung politischer Macht durch eine kollektive Sicherheitsarchitektur und wirtschaftliche Integration über Grenzen hinweg, die es den europäischen Staaten erlaubte, ihre nationalen Sicherheitsinteressen mit dem Projekt einer kooperativen Friedensordnung zu verbinden, wurden kriegerische Auseinandersetzungen erneut zu einem Mittel der Politik in Europa.

Gleichzeitig hat sich der strategische Kontext verändert: Die transatlantische Partnerschaft bleibt militärisch und wirtschaftlich zentral, zeichnet sich jedoch nicht mehr durch dieselbe Verlässlichkeit und Stabilität aus wie

in der Vergangenheit. Damit geht eine normative Orientierungslosigkeit einher. Globale wirtschaftliche Interdependenzen werden nicht mehr als Gewinn an Stabilität angesehen, sondern zunehmend als sicherheitspolitische Verwundbarkeiten wahrgenommen. Die technologischen und finanziellen Abhängigkeiten verschieben Machtverhältnisse. Sicherheitspolitik kann unter diesen Bedingungen nicht länger delegiert werden. Europa ist stärker als zuvor gefordert, eigene sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen.

Dabei handelt es sich nicht nur um die Fähigkeit der Projektion militärischer Macht. Es geht vielmehr um grundlegende Fragen politischer Steuerungsfähigkeit, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und demokratischer Legitimation, wie es der französische Präsident Emmanuel Macron programmatisch bereits in seiner Sorbonne-Rede über die Zukunft der EU 2017 ausgedrückt hatte (Macron 2017). Sicherheit benötigt entsprechende Ressourcen und verlangt politische Priorisierungen und gesellschaftliche Akzeptanz – das bringt Zielkonflikte offen zum Vorschein, die lange verdeckt bleiben konnten (Putnam 1988). Die äußere Sicherheitslage ist eng mit inneren Entwicklungen verknüpft. Demokratische Institutionen geraten unter Druck, Vertrauen in politische Akteure und Verfahren erodiert angesichts der (wahrgenommenen) zunehmenden Unsicherheit. Ökonomische Unsicherheit für den Einzelnen, in Form schwindender Kaufkraft, wegbrechender Daseinsvorsorge und Bedrohung des eigenen Wohlstandes, ist ein Nährboden für gesellschaftliche Polarisierung und erschwert kollektives Handeln. Sicherheitspolitik kann unter diesen Bedingungen nicht auf militärische Fragen reduziert werden, sondern muss die soziale Stabilität liberaler Ordnungen ebenso berücksichtigen wie die Fähigkeit von Gesellschaften, mit Unsicherheit, Krisen und Wandel umzugehen.

3. Sicherheit als mehrdimensionales Konzept

Der Sammelband trägt dieser Entwicklung Rechnung, indem er Sicherheit nicht auf militärische Verteidigung reduziert. Vielmehr werden die drei erwähnten analytischen Ebenen systematisch miteinander verschränkt.

Die Beiträge des ersten Teils zur militärisch-strategischen Dimension von Sicherheit analysieren den Wandel europäischer Verteidigungspolitik, institutionelle und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen sowie historische Pfadabhängigkeiten. Sie zeigen, dass europäische Verteidigungsfähigkeit nicht allein an Ressourcenmangel leidet, sondern an institutioneller

Fragmentierung, divergierenden strategischen Kulturen und unvollendeter politischer Integration. Dabei hätten die Europäer gemeinsam ja durchaus die Ressourcen, sich selbst zu verteidigen, doch würde das mit kostspieligen Entscheidungen auf der innenpolitischen Ebene der Mitgliedstaaten einhergehen: Nicht nur im Hinblick auf die national noch vorhandenen Restbestände militärischer Souveränität, sondern auch mit Blick auf sozialstaatliche Leistungen und Daseinsvorsorge müssten schmerzhaft Entscheidungen getroffen werden. Dabei hat kein Staat in Europa alleine die nötige Macht, die Legitimität und den politischen Willen, um die nötige politische Führungsleistung aufzubringen und die anderen Staaten zu entsprechenden Einschnitten zu verpflichten. Die Beiträge im Frankreich Jahrbuch zeigen jedoch, dass ein deutsch-französischer Kompromiss am Anfang einer entsprechenden europäischen Entwicklung stehen könnte.

Im ersten Beitrag definiert *Eckhard Lübckemeier* die strategischen Herausforderungen europäischer Verteidigungsfähigkeit und diskutiert Perspektiven für eine stärkere europäische Abschreckung. Der Angelpunkt seiner Argumentation betrifft dabei die nukleare Abschreckung und die Möglichkeiten einer europäischen Teilhabe an den französischen Atomwaffen, oder einer deutsch-französischen Verständigung. Dabei bringt er den Begriff eines „nuklearen Aachener Vertrags“ auf, als Vorstufe und Katalysator für eine erweiterte europäische Abschreckung. Diese würde die Fähigkeit zur Verteidigung mit Atomwaffen in die Hände der Europäer legen oder zumindest – über die Atommacht Frankreich – zu einer weitergehenden Unabhängigkeit vom US-amerikanischen Schutzschirm führen (Sinn 2025).

Der nächste Beitrag zeigt, dass dabei jedoch große Hürden zu überwinden sind. *Ronja Kempin* erinnert an die 2017 von Frankreich und Deutschland beschlossenen ehrgeizigen Rüstungsprojekte und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Der Krieg in der Ukraine, die russische Bedrohung zumindest Osteuropas und die Wiederwahl Donald Trumps und seine erpresserischen Forderungen an die Europäer haben Frankreich und Deutschland zwar dazu veranlasst, ihre Rüstungsanstrengungen zu beschleunigen. Doch nicht nur die Schwierigkeiten bei dem Projekt eines zukünftigen Kampfflugzeugs zeigen, dass Paris und Berlin noch einen weiten Weg gehen müssen, um eine stärkere rüstungsindustrielle Unabhängigkeit Europas von den USA zu erreichen. Insbesondere ist eine Verständigung darüber nötig, ob der Schutz einzelner nationaler Anbieter oder aber ein freier Wettbewerb zur Entstehung einer europäischen Rüstungsindustrie führen soll – oder ob es eine Möglichkeit gibt, durch die Schaffung einer europä-

weiten Strategie und eines europäischen Marktes für die Entwicklung von Rüstungsgütern beide Logiken zusammenzubringen: Wettbewerbsfähigkeit und das innovative Potential marktwirtschaftlicher Lösungen und den souveränen Zugriff auf Schlüsseltechnologien, der von den Nationalstaaten (oder der EU?) gewährleistet und bisweilen vor dem Zugriff von außen geschützt werden muss.

Auch die nächsten beiden Beiträge analysieren die unterschiedlichen Ausgangspositionen Frankreichs und Deutschlands bei der Entwicklung einer eigenständigen europäischen Verteidigung. *Samuel Faure* schildert detailliert die historischen Bedingungen und die Determinanten, die zum Scheitern der Europäischen Verteidigung nach dem Zweiten Weltkrieg, zu ihrer Nebenrolle im Kontext des Kalten Krieges und zu spezifischen Formen ihrer Institutionalisierung seit den 2000er Jahren geführt haben – und erläutert, warum auch der Beginn des Krieges in der Ukraine bisher nicht zu einer strategischen Autonomie Europas geführt hat. Er ordnet die aktuellen Debatten damit historisch ein und findet so Gründe für das wiederholte Scheitern gemeinsamer europäischer Verteidigungsprojekte.

Sascha Hach führt diesen Ansatz mit Blick auf die Gegenwart noch weiter. Er etabliert die Entstehung divergierender Traditionen und Paradigmen zwischen Frankreich und Deutschland, wie sie sich im Verteidigungsbereich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt haben und heute die Schaffung einer souveränen europäischen Verteidigung behindern. Obwohl beide Länder vor ähnlichen sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen, hat sich ihre jeweilige strategische Kultur in den vergangenen Jahrzehnten ganz unterschiedlich entwickelt. Diese Elemente schränken in Frankreich und Deutschland bis heute Handlungsspielräume und Kooperationsmöglichkeiten ein. Hach analysiert, dass die Entstehung eines souveränen Europas einen Bruch in der strategischen Kultur der beiden Länder benötigen würde, der beide Staaten vor große Herausforderungen stellen würde.

In Deutschland beruht politische Führung traditionell auf relativ hohen Vertrauensbeständen in prozedurale Legitimation. Sicherheitspolitische Ambitionen sind hier auf die Erwartung angewiesen, dass politische Zumutungen sozial abgefedert und wirtschaftlich kompensiert werden. Bleibt diese Erwartung unerfüllt, erodiert die Unterstützung schnell.

Frankreich hingegen ist durch eine stärker exekutiv geprägte politische Ordnung gekennzeichnet, die auch unter Bedingungen geringer gesellschaftlicher Zustimmung handlungsfähig bleibt. Diese Form politischer Führung sichert kurzfristige Entscheidungsfähigkeit, geht jedoch mit Pola-

risierung und sozialer Entkopplung einher. Gesellschaftlicher Protest und Widerstand findet dann schnell auf der Straße statt.

Beide Modelle verdeutlichen, dass europäische Sicherheitspolitik nicht nach einheitlichen institutionellen Mustern funktionieren kann. Entscheidend ist vielmehr, ob die Schaffung einer europäischen Sicherheitskultur so gestaltet werden kann, dass nationale Traditionen anknüpfungsfähig bleiben und die damit verbundenen politischen Herausforderungen demokratisch integrierbar bleiben und sich dennoch die benötigte europäische Handlungsfähigkeit im Bereich Sicherheit entwickeln kann.

Der zweite Teil des Bandes behandelt Fragen der wirtschaftlichen, technologischen und finanziellen Sicherheit. Im Mittelpunkt stehen globale Rivalitäten, wirtschaftliche Abhängigkeiten sowie die Bedeutung finanzieller Stabilität, monetärer Souveränität und die Rolle technologischer Umbrüche für politische Autonomie sowie Entscheidungs- und Steuerungsfähigkeit. Finanzielle Resilienz, Investitions- und Innovationsfähigkeit sowie Währungs- und technologische Souveränität werden zu Voraussetzungen politischer Handlungsfähigkeit – insbesondere für offene Volkswirtschaften wie Deutschland und Frankreich.

Die Beiträge von *Maria Demertzis* und *Alejandro Fiorito*, von *Mathieu Duchâtel* sowie von *Eileen Keller* zeigen, wie Finanzstabilität und Währungssouveränität sowie wirtschaftliche Abhängigkeiten die politische Handlungsfähigkeit Europas beeinflussen. Sicherheit erscheint hier als Frage struktureller Resilienz gegenüber externen Schocks und strategischer Erpressbarkeit, aber auch von Gestaltungshoheit.

Maria Demertzis und *Alejandro Fiorito* setzen in ihrem Beitrag bei der Finanzstabilität an. Die finanzielle Sicherheit Europas beruht bis heute auf einem dollarzentrierten System. Die Tragfähigkeit seiner Säulen – US-Staatsanleihen als sichere Anlage, Swap-Linien der Federal Reserve und ein von den USA dominiertes Zahlungssystem – steht jedoch zunehmend in Frage. Der Beitrag zeigt, dass die daraus entstehenden Verwundbarkeiten für die EU sehr konkret sind. Neue Risiken in Zusammenhang mit verschärften Finanzsanktionen verstärken diese Schwachstellen noch. Als Antwort schlagen die Autoren zunächst eine Risikominderung, keine Entkopplung, vor, die über den Aufbau von Krisensicherungsinstrumenten, der Einführung des digitalen Euro und der Stärkung der internationalen Rolle des Euro zu erreichen wäre.

Mathieu Duchâtel verdeutlicht, dass sich verbunden mit den sich verändernden geopolitischen Realitäten sehr konkrete Fragen nach der Tragfähigkeit eines Wirtschaftsmodells stellen, das stark auf internationale Abhän-

gigkeiten, offene Märkte und Exportstärke setzt. Um seine Verwundbarkeit gegenüber China und den Vereinigten Staaten zu verringern, insbesondere im Bereich der Industriepolitik, sollte Europa das Wettbewerbsrecht weiterentwickeln und stärker auf den größeren geopolitischen Kontext ausrichten. Eine zeitgemäße europäische Industriepolitik müsste stärker auf die europäische Binnennachfrage einwirken, indem sie das öffentliche Beschaffungswesen sowie europäische Produkt- und Produktionsstandards nutzt, um die Entwicklung strategischer Bereiche anzukurbeln und widerstandsfähige und innovative europäische Wertschöpfungsketten zu entwickeln.

Eileen Keller zeigt in ihrem Beitrag, wie sich die Frage nach Wirtschaftssicherheit bzw. Souveränität heute im Hinblick auf den ökonomisch immer wichtiger werdenden Digitalbereich und Künstliche Intelligenz (KI) als „Speerspitze“ gegenwärtiger Entwicklungen darstellt. Der Beitrag beginnt mit einigen begrifflichen Grundlagen zu Digitalisierung, KI und (digitaler) Souveränität. Anschließend werden zentrale Abhängigkeiten Europas in diesem Bereich dargestellt. Der Beitrag schließt mit einigen Überlegungen dazu, welche Risiken, Chancen und offene Fragen sich für das Verhältnis der EU zu den USA und China angesichts der aktuellen geopolitischen Veränderungen ergeben.

Beide Aspekte – die Entwicklung europäischer Sicherheit sowie militärischer und wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit – werden mit großen politischen Veränderungen einhergehen müssen. Deshalb steht als drittes die gesellschaftliche und normative Dimension von Sicherheit im Mittelpunkt unseres Bandes. Diese umfasst die Fragen demokratischer Stabilität, politischer Unterstützung und sozialer Kohäsion. Gesellschaftliche Resilienz wird dabei als Fähigkeit liberaler Demokratien verstanden, auf sicherheitspolitische Herausforderungen zu reagieren, ohne ihre normativen Grundlagen zu unterminieren (Merkel 2024).

Die Beiträge von *Christian Calliess*, von *Mohamed Harfi* und *Sarah Bronsard*, von *Vincent Tiberj* sowie von *Sonja Zmerli* untersuchen demokratische Belastungsproben, Polarisierungsdynamiken, Vertrauensressourcen und die Fähigkeit liberaler Gesellschaften, für kostspielige Entscheidungen Kompromisse zu finden. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt werden dabei nicht als selbstverständliche Voraussetzungen, sondern als fragile Ressourcen verstanden (Koopmans 2008).

Christian Calliess analysiert zunächst den geopolitischen Druck, der sich zunehmend auf den europäischen Verfassungsraum auswirkt. Calliess plädiert deshalb für eine zunehmende Annäherung und Integration der

Instrumente, die der EU in der innenpolitischen Dimension von Sicherheit (Justiz und Inneres, JI) und in ihrem außenpolitischen Handeln (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, GSVP) zur Verfügung stehen. Bürgerinnen und Bürger erwarten ein „Europa das schützt“. Dabei sehen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten zunehmend mit unkonventionellen Bedrohungen konfrontiert, die weder eindeutig militärischer noch rein krimineller Natur sind. Diese Bedrohungen sind grenzüberschreitend und können politische Institutionen destabilisieren und Wirtschaftssysteme untergraben. Um ihnen wirkungsvoll zu begegnen, müsste die klassische Staatsaufgabe „Sicherheitsgewährleistung“ weiter europäisiert und dabei der Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Sicherheit stärker als bisher berücksichtigt werden.

Das kann letztendlich auch ein verstärktes Engagement der Bürger und Bürgerinnen erfordern, wie die Einführung eines freiwilligen Wehrdienstes mit verpflichtender Musterung für junge Deutsche (Männer) zum 1. Januar 2026 zeigt. Auch in anderen europäischen Ländern wird diese Thematik diskutiert, teilweise existiert die Wehrpflicht (für Frauen und Männer), teilweise existieren Modelle, die auf Freiwilligkeit beruhen.

Frankreich, das 1793 in den Revolutionskriegen als eines der ersten modernen Länder die Wehrpflicht eingeführt hat (*levée en masse*), hatte diese bereits unter Präsident Jacques Chirac 2005 abgeschafft. Allerdings diskutiert das Land heute über eine Wiedereinführung. Präsident Macron hat zunächst ein auf Freiwilligkeit beruhendes Modell etablieren lassen.

Dabei geht der Blick auch auf die Modelle, die in den europäischen Partnerländern mit mehr oder weniger Erfolg diskutiert und verwirklicht wurden. *Mohamed Harfi* und *Sarah Bronsard* geben einen Überblick über die verschiedenen Ansätze und die gesellschaftlichen Debatten, die durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland ausgelöst wurden. Der Beitrag vergleicht die bestehenden Regelungen und schlägt mehrere Optionen für eine mögliche Weiterentwicklung des nationalen Dienstes in Frankreich vor, darunter zwei hybride Optionen (zivil und militärisch), und bewertet deren Kosten. Dabei zeigen die Autoren, dass es bei der Gestaltung des Dienstes an der Waffe auch um Fragen des sozialen Zusammenhalts geht und diesem Aspekt je nach gewähltem Modell ein unterschiedliches Gewicht zukommt.

Bei dem Thema eines verpflichtenden Wehrdienstes stellt sich sehr direkt die Frage nach der Legitimitätsgrundlage für entsprechende Entscheidungen, wobei in Deutschland die verfassungsmäßigen Anforderungen an einen staatlichen Zwangsdienst besonders hoch sind. Letztendlich steht

dabei die Frage nach dem Vertrauen im Raum, das die Bürgerinnen und Bürger den staatlichen Einrichtungen und den politischen Entscheidern entgegenbringen.

Damit – sowie mit der politischen Polarisierung in Deutschland und Frankreich – beschäftigen sich zwei weitere Beiträge. Während soziales Vertrauen eine zentrale Ressource für die gesellschaftliche Dimension von Sicherheit darstellt, bedroht die zunehmende Polarisierung der europäischen Gesellschaften deren Zusammenhalt.

Vincent Tiberj untersucht zunächst demokratische Erosionsprozesse angesichts wachsender Polarisierung und politischer Entfremdung in Frankreich, während *Sonja Zmerli* in einem vergleichenden Beitrag Vertrauen als zentrale Ressource gesellschaftlicher Krisenfestigkeit in Frankreich und Deutschland in den Blick nimmt.

Im Mittelpunkt von *Vincent Tiberjs* Analyse steht die politische Dynamik in Frankreich und die zunehmende Bedeutung des *Rassemblement National* (RN). Der Autor argumentiert, dass die Wahldynamiken zugunsten des RN nicht die allgemeine Entwicklung der grundlegenden Werte in der französischen Gesellschaft widerspiegeln. Für Tiberj hängt die Wahldynamik zugunsten des RN hauptsächlich mit der Ablehnung institutionalisierter politischer Praktiken durch viele Bürger zusammen. Vor allem gehen diese immer seltener zur Wahl, was Tiberj als die „große Verweigerung“ (*la grande démission*) bezeichnet. Dagegen seien die Anhänger des RN stärker mobilisiert, und die Themen und Vorschläge der Rechtsaußenpartei dominierten die mediale und damit zunehmend auch die politische Agenda. Im Ergebnis analysiert Tiberj also die Erosionsdynamiken demokratischer Unterstützung, die sich in Polarisierung, politischer Entkopplung und wachsender Repräsentationsskepsis manifestieren und letztendlich mit einem abnehmenden Vertrauen der Bürgerschaft in politische Praktiken, Prozesse und Institutionen zu tun haben.

Genau dieses politische Vertrauen begreift *Sonja Zmerli* als funktionale Ressource demokratischer Krisenbewältigung: Vertrauen ermögliche es Gesellschaften, Unsicherheit zu tolerieren und politischen Entscheidungen auch dann zu folgen, wenn deren Nutzen erst langfristig sichtbar wird. Dabei ist in Zmerlis Beitrag interessant, wie sich das soziale und politische Vertrauen in Frankreich und Deutschland während der vergangenen zwanzig Jahre entwickelt hat. Frankreich unterliegt insbesondere im politischen Bereich stärkeren Schwankungen, und die Gesellschaft scheint insgesamt über geringere Vertrauensressourcen zu verfügen. In Deutschland sind die innergesellschaftlichen Divergenzen zwischen West und Ost

bemerkenswert. Die Entwicklungen in Ostdeutschland sind dabei mit den Entwicklungen in Frankreich vergleichbar. Im innereuropäischen Vergleich bewegen sich beide Länder allerdings auf einem überdurchschnittlichen Niveau an politischem Vertrauen (Zmerli / van de Meer 2017). Im Hinblick auf die Thematik dieses Bandes bleibt festzuhalten, dass Sicherheitspolitik selbst zum Legitimationsrisiko werden kann, wenn sie nicht gesellschaftlich eingebettet ist.

Die drei Dimensionen des Sicherheitsbegriffs sind analytisch unterscheidbar, empirisch jedoch eng miteinander verflochten. Militärische Schwäche kann politische Erpressbarkeit erzeugen; wirtschaftliche Unsicherheit kann demokratische Unterstützung untergraben; gesellschaftliche Polarisierung kann außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit lähmen.

Besonders deutlich wird dieses Spannungsfeld zwischen äußerer Sicherheitsverantwortung und innerer politischer Tragfähigkeit in der jüngeren deutschen Entwicklung. Die Verfassungsänderungen ganz am Ende der letzten Legislatur (Februar 2025, nach der Bundestagswahl, vor der Konstituierung des neuen Bundestages) stehen für den Versuch, wirtschaftliche Erneuerung, die Modernisierung wichtiger Infrastrukturen und erhöhte Verteidigungsausgaben parallel zu finanzieren. Dazu bedurfte es einer Neuinterpretation bisheriger fiskalischer und politischer Leitbilder (Keller 2025). Zugleich zeigt sich, dass finanzielle Spielräume allein nicht ausreichen, um sicherheitspolitische Führung demokratisch abzusichern. Bleibt eine erfolgreiche Modernisierung und Reform des Wirtschaftsmodells aus, wird Sicherheitspolitik zur Angriffsfläche populistischer Mobilisierung. Verteidigungsausgaben erscheinen dann nicht als kollektive Investition, sondern als Konkurrenz zu sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Teilhabe. „Sicherheit“ wird selbst zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen. Dasselbe scheint zu gelten, wenn die demokratischen Einflussmöglichkeiten, die die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen militärischer Sicherheit, wirtschaftlicher Performanz und gesellschaftlicher Teilhabe am Wohlstand gewährleisten sollen, nicht mehr als befriedigend wahrgenommen werden. Die offene Frage bleibt dabei, wie die Einbeziehung der europäischen Ebene zur (momentanen) Auflösung dieser Gleichung beitragen könnte – und welche finanziellen Mittel gegebenenfalls nötig wären, um eine entsprechende politische Gestaltungsfähigkeit und damit verbunden die Herausbildung europäischer Souveränität zu leisten.

4. Frankreich, Deutschland und der europäische Bezugsrahmen

Ein besonderer Fokus des Bandes liegt deshalb auf dem europäischen Kontext und – teils implizit und teils explizit – auf dem deutsch-französischen Verhältnis. Die Beiträge zeigen, dass unterschiedliche historische Erfahrungen, sicherheitspolitische Traditionen und institutionelle Arrangements die Perspektiven beider Länder prägen und insbesondere fortbestehende Souveränitätsvorbehalte hier die Kooperationsbemühungen erschweren. Gleichzeitig scheint die Einsicht zu wachsen, dass die europäischen Staaten nur gemeinsam über die nötigen Ressourcen verfügen, um einerseits eine glaubhafte militärische Abschreckung zu entwickeln und andererseits die wirtschaftliche Resilienz und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ihrer Gesellschaften gewährleisten zu können. Wie könnten dann die nötigen Kompromisse zwischen den europäischen Staaten gefunden werden, um zu einer vertieften Kooperation oder sogar Integration zu kommen, die diesen Herausforderungen begegnen könnte?

Dieses Jahrbuch versteht sich nicht als Sammlung isolierter Einzelanalysen, sondern als Versuch, unterschiedliche Disziplinen, nationale Perspektiven und analytische Zugänge miteinander ins Gespräch zu bringen.

Gerade wegen ihrer hier beschriebenen Unterschiede werden Frankreich und Deutschland und ihr bilaterales Verhältnis zu einem Prüfstein europäischer Sicherheitspolitik. Europas Fähigkeit zur Selbstbehauptung hängt maßgeblich davon ab, ob es gelingt, die divergierenden Traditionen der beiden Schlüsselstaaten produktiv zu verbinden. Die Beiträge des Bandes zeigen, dass europäische Sicherheit ohne deutsch-französische Koordination kaum vorstellbar ist – zugleich aber „politische Führung“ in Europa nur dann auf Zustimmung hoffen kann, wenn sie europäisch eingebettet bleibt, ohne hegemonialen oder isolationistischen Tendenzen zu folgen.

5. Ausblick

Der Band versteht sich vor allem als Beitrag zu einer notwendigen Debatte über Europas sicherheitspolitische Selbstvergewisserung. In einer Welt wachsender Unsicherheit hängt Europas Zukunft nicht allein von materiellen Ressourcen ab, sondern von der Fähigkeit, Sicherheit umfassend zu denken und umzusetzen – als Zusammenspiel von Verteidigung, wirtschaftlicher Resilienz, gesellschaftlicher Kohärenz und der Verteidigung der liberalen Ordnung.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach europäischer Souveränität neue Aktualität. Souveränität wird dabei nicht als nationale Autarkie verstanden, sondern als Fähigkeit, kollektiv handlungsfähig zu sein, Verwundbarkeiten zu reduzieren und politische Entscheidungen eigenständig treffen zu können. Angesichts der neuen geopolitischen Weltlage stellt sich für Europa – und hier in besonderer Weise für das deutsch-französische Tandem – die Herausforderung, Sicherheit nicht nur zu fordern, sondern strukturell zu organisieren.

Die europäische Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit beruhte auf drei miteinander verflochtenen Säulen: der transatlantischen Einbindung, der schrittweisen europäischen Integration und der normativen Einhegung von Macht durch Recht, Institutionen und multilaterale Kooperation. Dieser Ansatz steht heute vor einer entscheidenden Bewährungsprobe (Macron 2026). Während sich in Frankreich die Frage stellt, wie der eigene sicherheitspolitische Anspruch in Zeiten innenpolitischer Polarisierung, abnehmender Handlungsfähigkeit und zunehmend begrenzter finanzieller Mittel realistisch weiterentwickelt werden kann, ist die Debatte in Deutschland etwas anders gelagert: Wie können die nun zunächst zur Verfügung stehenden Mittel (Schulden) so verwendet werden, dass europäische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität miteinander verbunden und gleichzeitig den Herausforderungen im Bereich militärischer Sicherheit begegnet werden kann? Hier wird die Verengung der Debatte auf die Schwierigkeiten der Europäisierung des Sozialstaats und die Grenzen der europäischen Solidarität (Streeck 2014) nur bedingt weiterführen.

In beiden Fällen, in Frankreich wie in Deutschland, werden die Antworten die europäische Dimension – und damit unweigerlich verbunden – die deutsch-französische Komponente einbeziehen müssen. Weder kann Deutschland alleine oder mit wechselnden kleineren Partnern „Europa führen“, noch kann Frankreich diese Rolle heute übernehmen. Ohne deutsch-französischen Interessenausgleich kommt es unweigerlich zur europäischen Blockade. Um ihre nationalen Sicherheitsinteressen in einem umfassenden, militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verständnis wahrzunehmen, bedarf es deshalb einer Vertiefung der kooperativen Friedensordnung, die sich in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat – insbesondere die europäische Definition des militärischen Aspekts von Sicherheit wird eine der zentralen Aufgaben der Zukunft sein. Das erfordert jedoch eine Reform des europäischen Modells hin zu einer robusteren, global weniger abhängigen Wirtschaft. Die damit verbundenen Anpassungskosten werden die Gesellschaften aber nur tragen können,

wenn diese Veränderungen mit einem politisch attraktiven Angebot einhergehen, das politische Teilhabe, demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten und die Offenheit für gesellschaftliche Anliegen gewährleistet.

Literatur

- Ciolan, Ionela Maria / Moyer, Jascon C. (2025):* Navigating uncertainty: Where are EU-US relations headed? In: *European View* Vol 24. N° 1, S. 42-51.
- Buzan, Barry / Wæver, Ole / de Wilde, Jaap (1998):* *Security: A New Framework for Analysis*. Boulder: Lynne Rienner.
- EEAS (European external action service) (2022):* A Strategic Compass for Security and Defence. For a European Union that protects its citizens, values and interests and contributes to international peace and security. Brussels. https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/strategic_compass_en3_web.pdf
- Fabbrini, Federico / Goulard, Sylvie et al. (2025):* "Getting Serious about Defense Integration: the European Defence Community Precedent", Dublin European Law Institute, Dublin, 2025
- Keller, Eileen (2025):* La politique économique et budgétaire allemande face au changement d'époque, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 252 (2025), S. 77-88.
- Koenig, Nicole (2022):* Putin's war and the Strategic Compass: A quantum leap for the EU's security and defence policy? Berlin: Jacques Delors Centre Policy Brief. https://www.delorscentre.eu/fileadmin/2_Research/1_About_our_research/2_Research_centres/6_Jacques_Delors_Centre/Publications/20220428_Koenig_StrategicCompass.pdf
- Koopmans, Ruud (2008):* Tradeoffs between equality and difference: immigrant integration, multiculturalism, and the welfare state in cross-national perspective. (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssolar-110424>.
- Macron, Emmanuel (2017):* Rede von Staatspräsident Macron an der Sorbonne. Initiative für Europa. – Paris, den 26. September 2017. Frankreich-Info, Hg. Französische Botschaft, Presse- und Kommunikationsabteilung, www.diplomatie.gouv.fr/IMG/pdf/macroni_sorbonne_euorpe_integral_cle4e8d46.pdf
- Macron, Emmanuel (2026):* Macron défend des « eurobonds d'avenir » – Le chef de l'Etat appelle à un emprunt commun des pays de l'UE pour investir dans des secteurs stratégiques. Entretien. – *Le Monde*, 11.02.2026, S. 13.
- Merkel, Wolfgang (2024):* Demokratische Resilienz als Konzept. In: Julian Nida-Rümelin e.a. (Hg.): *Normative Konstituenzen der Demokratie*. – Berlin / Boston: De Gruyter 2024, S. 341-358.
- NATO (2022):* NATO Strategic Concept 2022. Madrid. <http://www.nato.int/strategic-concept/>
- Putnam, Robert D. (1988):* Diplomacy and domestic politics: The logic of two-level games. In: *International Organization* Vol. 42, N° 3, S. 427-460.

Sapir, André e.a. (2025): Geopolitical shifts and their economic impacts on Europe: short-term risks, medium-term scenarios and policy choices. Bruegel Report N° 1 (2025), https://www.bruegel.org/sites/default/files/2025-09/Report%2001%202025_0.pdf

Sinn, Hans-Werner (2025): Trump, Putin und die Vereinigten Staaten von Europa. Freiburg: Herder-Verlag.

Streeck, Wolfgang (2014): Buying Time: The Delayed Crisis of Democratic Capitalism. London: Verso.

Zmerli, Sonja / van der Meer, Tom (2017): The deeply rooted concern with political trust. In: Zmerli, Sonja / van der Meer, Tom (2017): Handbook on Political Trust. Cheltenham: Edward Elgar Publishing. S. 1-15.

Der Autor

Dr. Stefan Seidendorf ist seit 2014 stellvertretender Direktor des dfi. Er ist Politik- und Sozialwissenschaftler und Historiker und hat in Tübingen, Aix-en-Provence und Brügge studiert und an der Universität Mannheim promoviert.

Kontakt: seidendorf@dfi.de

Wann, wenn nicht jetzt?

Ein nukleares Aachen für europäische Souveränität

*Eckhard Lübke*¹

Zusammenfassung: Noch nie seit dem Ende des Kalten Krieges war Europas Sicherheit so prekär: auf der einen Seite ein bedrohliches Russland, auf der anderen ein Amerika, auf dessen Schutz Europa immer weniger bauen kann. Die Bredouille ist selbstverschuldet, weil Europa die Mittel hätte, sich selbst zu verteidigen und damit eine klaffende Lücke seiner Souveränität zu schließen. Das gelingt nur, wenn Berlin und Paris Führung durch Vorbild praktizieren. Dazu gehört ein nukleares Aachen, das Vorstufe und Katalysator für eine erweiterte Abschreckung à l'européenne sein könnte.

Stichworte: Souveränität, europäische Kollektivmacht, Sicherheit, Abschreckung, *Force de frappe*, nukleares Aachen, Abschreckung à l'européenne.

Résumé : Jamais depuis la fin de la guerre froide, la sécurité de l'Europe n'a été aussi précaire : d'un côté, une Russie menaçante, de l'autre, une Amérique sur laquelle l'Europe peut de moins en moins compter pour assurer sa protection. Cette situation difficile est de son propre fait, car l'Europe aurait les moyens de se défendre elle-même et de combler ainsi une lacune flagrante dans sa souveraineté. Cela ne sera possible que si Berlin et Paris montrent l'exemple. Il faudrait pour cela mettre en place un « Aix-la-Chapelle nucléaire », qui pourrait servir de prélude et de catalyseur à une dissuasion élargie à l'européenne.

Mots-clés : souveraineté, puissance collective européenne, sécurité, dissuasion, force de frappe, Aix-la-Chapelle nucléaire, dissuasion à l'européenne.

1. Einleitung

Gäbe es sie nicht, würden NATO und Europäische Union (EU) heute noch geschaffen werden? Im Falle der NATO fällt es schwer, dies zu bejahen.

¹ Dieser Beitrag berücksichtigt Entwicklungen bis zur Manuskriptabgabe im September 2025.

Nicht erst, aber erst recht seit der Wiederwahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA. Bei der EU ist es umgekehrt: Trumps Antagonismus befördert europäisches Zusammenrücken. Zumal die EU auf einem ungleich solideren Fundament als die NATO steht. Die NATO ist ein von den USA dominiertes Staatenbündnis, die EU ein Gebilde *sui generis*: weniger als ein Bundesstaat, aber wegen supranationaler Institutionen wie Europäische Kommission, Europäisches Parlament und Europäischer Gerichtshof weit mehr als ein Staatenbund. Was diese einzigartige Integration ermöglicht und erhält, sind neben den nationalen Interessen der Mitgliedstaaten ihre Verbundenheit durch ein ‚Europäertum‘: eine der nationalen zwar nachrangige, aber gemeinsame Identität, „schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas.“ (Präambel des Vertrags über die Europäische Union).

Dabei ist die EU weder eine konflikt- noch machtfreie Zone. Trotz supranationaler Instanzen dominieren die Nationalstaaten und fallen Machtunterschiede zwischen ihnen ins Gewicht. Deshalb haben Deutschland und Frankreich eine Schlüsselrolle. Sie sind Nachbarn und die beiden größten Mitgliedstaaten. Das macht sie nicht zu einem hegemonialen Duo, auch weil sich nationale Macht an der supranationalen Konstruktion der EU bricht. Doch es bleibt eine Binsenwahrheit, dass Europa nur gedeihen kann, wenn es Deutschland und Frankreich gemeinsam wollen.

Wann, wenn nicht jetzt sollten sie das? Die Autokratisierung der Welt hat auch die USA erfasst, nationalistische Kräfte gewinnen in EU-Ländern an Boden. Die Verlässlichkeit der USA, ihrem NATO-Beistandsversprechen nachzukommen, schwindet just zu einem Zeitpunkt, in dem Russland in die Ukraine einfällt, um seinen Vormachtanspruch mit Gewalt und Einschüchterung durchzusetzen. Europa hat sich in eine Handels-, Markt- und Rohstoffabhängigkeit von einem autokratischen China begeben, das sich in einer Weltmachtrivalität mit den USA sieht, für die es auch atomar aufrüstet. Im Nahen Osten herrscht Terror und Krieg. Indien und Pakistan sind Nuklearmächte im Dauerkonflikt. Nordkorea ist eine von Peking geduldete, nuklear bewaffnete Diktatur, die Russlands Angriff auf die Ukraine unterstützt.

Das heißt nicht zwangsläufig, dass eine kriegerische Welt heraufzieht. Niemand ist immun gegen Nuklear- und Cyberwaffen oder einen verheerenden Klimawandel, während umgekehrt alle von Austausch und Arbeitsteilung profitieren können. Solche interessenbasierten Anreize, Schaden abzuwenden und Nutzen zu mehren, befördern Kooperation, Deeskalation und regelgebundenes Verhalten. Doch dass sie die konfrontativ wirkenden

Gegenkräfte überlagern, steht nicht zu erwarten. Politische Umsicht gebietet es, sich auf ein Umfeld einzustellen, das stark von konfliktträchtiger Instabilität und konfrontativem Machteinsatz geprägt sein wird.

Würde es die EU nicht schon geben, sie in einem solchen Umfeld zu schaffen, wäre ein Gebot nationaler Interessen. Die wichtigste Währung in der internationalen Politik ist Macht, die kooperativ mit anderen und konfrontativ gegen andere eingesetzt werden kann. Wer mächtiger ist, hat größere Chancen, seine Interessen kooperativ oder konfrontativ zur Geltung zu bringen. In diesem Sinne ist die EU ein Souveränitätsmultiplikator.

2. Souveränität durch Kollektivmacht

Souveränität im strikten Wortsinne ist eine Schimäre. Der Begriff leitet sich ab von *suprema potestas* (höchste Gewalt) „und bedeutet die höchste, unumschränkte, direkte, unabhängige und freie Machtausübung in einem Gemeinwesen“. (Seitschek, https://www.herder.de/staatslexikon/artikel/so-uveraenitaet/#II._Politikwissenschaftlich). Schon für interne Souveränität gilt das nur eingeschränkt, jedenfalls in Staatswesen mit repräsentativer Demokratie sowie horizontaler und föderaler Gewaltenteilung. Für externe Souveränität gilt es a fortiori. Die Charta der Vereinten Nationen attestiert ihren Mitgliedstaaten »souveräne Gleichheit«. In der Vollversammlung bedeutet dies: ein Mitglied, eine Stimme. Doch in der internationalen Politik gibt es keine uneingeschränkte Souveränität. Da Autarkie unmöglich ist und eine *suprema potestas* fehlt, ist niemand souverän im Sinne von schrankenloser Handlungsfreiheit, lückenloser Unverwundbarkeit und unbeschränkter Selbstbestimmung.

Doch ebenso wenig gibt es souveräne Gleichheit. Äußere Souveränität realisiert sich im Vergleich mit und im Verhältnis zu anderen. Maßstab dafür ist die Souveränitätstriade, also die Ausstattung eines Akteurs mit materiellen und immateriellen Machtressourcen, die Wirksamkeit ihrer Anwendung und seine Verwundbarkeit. Wer mehr Macht hat, hat mehr Chancen, ein günstiges Umfeld zu erwirken und ungünstige Beeinflussung abzuwehren. Machtdisparitäten in der Arena internationaler Politik ergeben Souveränitätsdisparitäten. Das führt zu zwei Schlussfolgerungen:

2.1 Souveränität wächst oder schwindet mit mehr oder weniger Macht.

Dies gilt nicht nur für eigene, sondern auch für fremde Macht, da man immer nur so mächtig ist, wie es andere zulassen. Das muss kein Nullsummenspiel sein. Aus dem phänomenalen Aufstieg Chinas zur Weltmacht haben seine Handelspartner immensen Nutzen gezogen. Doch gibt es eine Kehrseite: Peking setzt seine enorme Macht zunehmend konfrontativ ein, um seine Herrschaftsansprüche gegen andere durchzusetzen. Abhängigkeiten von China sind problematischer geworden, mehr Souveränität im Verhältnis zur Volksrepublik erfordert eine partielle Entkoppelung, die Stärkung der eigenen Ressourcen und die Bereitschaft, sie nötigenfalls auch gegen Peking einzusetzen.

Als Weltmacht ist China in einem Maße souverän, das für die allermeisten Staaten unerreichbar ist. Diese können mangels demografischer, wirtschaftlich-technologischer und militärischer Ressourcen niemals auf eine Souveränitätsparität mit dem Land kommen. Gleichwohl gilt auch für sie: Je mehr sie aus ihren Ressourcen machen und diese vermehren, umso mehr können sie ihr internationales Umfeld beeinflussen. Wenn sie zudem die Abhängigkeit von einem übermächtigen Akteur vermeiden oder vermindern wollen, haben sie ein Interesse daran, dass dessen Macht ausbalanciert wird. Da sie das nicht selbst können, bleiben nur zwei Optionen: darauf zu hoffen, dass andere es für sie tun, oder zusammen mit anderen dafür zu sorgen. Die zweite dieser Optionen macht die europäische Integration zu einem Macht- und damit Souveränitätsmultiplikator.

2.2 Kollektivmacht macht souverän(er)

Alleinbestimmung ist in der internationalen Politik unmöglich, weil niemand allmächtig und unverwundbar ist. Somit stößt auch Selbstbestimmung an Grenzen, weil sie sich an der auf Macht fußenden Souveränität anderer bricht. Es geht darum, sein Umfeld nach Maßgabe eigener Interessen und Werte mitzugestalten, in Kooperation mit oder in Konkurrenz zu anderen Akteuren.

Der dafür entscheidende Parameter ist Macht, gebildet aus materiellen und immateriellen Ressourcen und ihrem zielgerichteten Einsatz. Mehr Macht birgt mehr Souveränität. Wer mächtiger wird, kann souveräner werden. Wenn Akteure ihre Machtressourcen zusammenführen und einheitlich

zur Geltung bringen, können sie zusammen stärker als die Summe ihrer Teile sein.

Das macht die europäische Integration zu einem Souveränitätsmultiplikator: Treten ihre Mitgliedstaaten als Kollektivmacht auf, können sie ihr internationales Umfeld stärker beeinflussen und sich gegen unerwünschte Einflüsse aus ihm besser schützen als es jeder für sich oder in losen Ad-hoc-Verbünden könnte. Die EU bietet ihren Mitgliedstaaten ein Maß an Souveränität, das ihnen als Einzelmacht verwehrt ist.

Das war von Anbeginn eine der drei maßgeblichen Triebkräfte eines Einigungsprozesses, dessen heutige Ausprägung die EU ist. „Frieden durch Integration“ war die Lehre aus nationalistischen Rivalitäten, die zwei Weltkriege ausgelöst hatten. Abgestützt durch ein geteiltes ‘Europäertum’ und eine für alle vorteilhafte Interessenverflechtung,² bildet die EU eine Friedensgemeinschaft, in der sich alle darauf verlassen können, dass Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden. Gäbe es nur die EU, die Mitgliedstaaten könnten ihr Militär abschaffen. Diese historische Errungenschaft wurde 2012 mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt.

Das zweite Motiv, „Wohlstand durch Integration“, ist verwoben mit dem Friedensimpuls: Krieg zerstört, schon die Vorbereitung auf ihn verschlingt Ressourcen und die ihn auslösende Rivalität beschränkt Handel und Arbeitsteilung. Frieden und Wohlstand, so die europäische Lehre aus der kriegesischen Hälfte des 20. Jahrhunderts, sind Güter, deren Erhaltung dauerhaft nur ein Miteinander gewährleistet.

„Souveränität durch Integration“ war und ist die dritte Antriebskraft. Spätestens mit dem Zweiten Weltkrieg war die Ära europäischer Weltmächte vorbei. Zwar blieben Frankreich und Großbritannien sowie das wiedererstarkende (West-)Deutschland europäische Schwergewichte; gemessen an den USA und dem (sowjet-)russischen Imperium waren sie jedoch nur noch Mittelstaaten. Um diesen Macht- und den damit verbundenen Souveränitätsverlust im Verhältnis zu Partnern (USA) wie Gegnern (Sowjetunion) abzubauen, blieb nur der Weg, europäische Kollektivmacht zu bilden.

Das gilt unverändert und erst recht in einer Welt, in der Autokraten für sich die Willkür des Stärkeren beanspruchen. In einem solchen Umfeld

2 „So wichtig die Zusammenarbeit zwischen den Nationen auch ist, sie allein löst nichts. Was wir brauchen, ist eine Vereinigung der Interessen der europäischen Völker, und nicht einfach die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts dieser Interessen.“ (Jean Monnet, Erinnerungen eines Europäers, zitiert in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.07.2011, S. 35).

können Europas Nationalstaaten ihre Kerninteressen – Frieden, Sicherheit und Wohlstand – umso wirksamer vertreten, je mehr sie als Kollektivmacht auftreten.

Am weitesten sind sie dabei auf den Souveränitätsfeldern Frieden und Wohlstand gekommen. Integration allein kann die EU-Friedensgemeinschaft nicht garantieren, und ob der stabile Frieden nicht inzwischen auch ohne sie auskäme, bleibt bis zum Zerfall der EU eine offene Frage. Doch diese Probe aufs Exempel wäre riskant. Stattdessen sprechen europäische Geschichte, das Aufkommen nationalistisch-antidemokratischer Kräfte in der EU selbst und ihr konfliktgeladenes Umfeld dafür, an Frieden durch Integration festzuhalten.

Gleiches gilt für Wohlstand durch Integration. Die größten Machtressourcen der EU sind ihr Binnenmarkt, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine gemeinsame Währung, eingebettet in einen normativen und regulativen Rahmen aus Marktwirtschaft, Solidarität und demokratischer Stabilität. Als Ensemble bilden diese Elemente einen Eckpfeiler europäischer Souveränität. Doch gibt es etliche Schwachstellen und unausgeschöpfte Potentiale. Exemplarisch offengelegt wird das in dem Bericht „Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ von Mario Draghi, ehemals Präsident der Europäischen Zentralbank, aus dem September 2024.³ Der Bericht legt dar, wie die Innovationslücke zu den USA und China abgebaut werden sollte und er entwickelt einen „integrierten Plan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit“. Empfehlungen für die in diesen beiden Bereichen identifizierten Defizite betreffen u. a. die Vertiefung des Binnenmarktes, Deregulierung und Entbürokratisierung, eine Kapitalmarktunion, die Absenkung von Energiekosten sowie die gemeinsame Finanzierung von Investitionen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Derartige Vorschläge können nur wenig originell sein, weil sie seit längerem bekannte Defizite adressieren. Anders ist das mit dem dritten, von Draghi identifizierten Handlungsfeld: „Europa muss sich auf eine geopolitisch instabilere Welt einstellen, in der Abhängigkeiten zu Verwundbarkeiten werden und in der es sich sicherheitspolitisch nicht mehr auf andere verlassen kann.“⁴

3 https://commission.europa.eu/topics/competitiveness/draghi-report_en – deutsche Fassung: https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-fl52a8232961_de?filename=The%20Draghi%20report%20A%20competitiveness%20strategy%20for%20Europe%20%28Part%20A%29-DE.pdf

4 Ibid., S. 15 (Übersetzung des Autors).